

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Die SVP expandiert. Auch in Regionen, die bis vor kurzem noch CVP-Bastionen waren. Franz Ruppen, Rechtsanwalt und SVP-Politiker, schildert die Aufbauarbeit im Oberwallis.

Seite 9



Auch in der Romandie legt die SVP zu. Der Erfolg ist der konsequenten SVP-Politik zu verdanken, schreibt unser Koordinator für die Westschweiz, Claude-Alain Voiblet.

Seite 10



Der Wahlkampf tritt in die heisse Phase. In Basel und Bern stehen wichtige Anlässe an. Toni Brunner erklärt, weshalb wir kraftvolle Präsenz markieren müssen.

Seite 14

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 7/2007

Wir brauchen keine schwarzen Schafe

Roman S. Jäggi,
Pressesprecher SVP

Seite 3

Unsere Initiative

Sicherheit schaffen und
Missbrauch bekämpfen

Seite 3, 5 und 16

«Werte muss man verteidigen»

Interview mit Islamexperte
Udo Ulfkotte

Seite 6

Eine spezielle Sektion

SVP International

Seite 12

Wichtig!

Volksbegehren unterschreiben!

Seite 16

Reklame

Thomas Fuchs
www.nein.eu

2 x auf Ihre Liste
Am 21. Oktober 2007 im
ganzen Kanton wählbar

Zuhause in allen Medien

ztprint ZOFINGER TAGBLATT
ztonline WIGGERTALER

Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93

Ausschaffungs- initiative unterschreiben!

Die Gewaltkriminalität steigt an. Der Missbrauch unserer Sozialversicherungen und der Sozialhilfe nimmt zu. Oft sind die Täter Ausländer. Schamlos nützen sie die gastfreundliche Schweiz aus. Das muss ein Ende haben. Jetzt. Die SVP stellt die schwarzen Schafe raus. Unterschreiben auch Sie unsere Ausschaffungsinitiative!

Sicherheit schaffen

Mein Zuhause – Unsere Schweiz

PC 30-8028-5



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlaageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12x/Jahr

Chefredaktor: Matthias Müller

Inserate: Roman S. Jäggi

Adresse:

Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

ztpint/Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

Per E-Mail an zollinger@svp.ch oder per Post an Zofinger Tagblatt AG
(Adresse s. «Druck»)

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

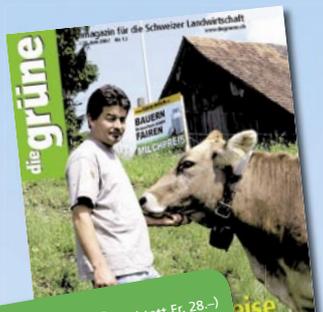
«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren.

Ab nur 140 Franken sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Die Landwirtschaft im Mittelpunkt

Aktuelle Infos, Reportagen, Trends, Porträts, Praxis-Beispiele und vieles mehr:
Lernen Sie dieses starke Duo jetzt zum Spartarif kennen!



7x für nur Fr. 20.– (statt Fr. 28.–)

Jahresabo 26 Ausgaben
für Fr. 85.– (statt Fr. 104.–)
plus Geschenk:
Taschen-Messband

«die grüne»

Das Fachmagazin für die Schweizer Landwirtschaft vermittelt alle 14 Tage umfassende Hintergrundinformationen zu Agrarwirtschaft, Tierhaltung, Management, Markt und Politik – mit vielen Interviews, Reportagen und Berichten. In jeder Ausgabe finden Sie zudem eine Fülle von praktischen Tipps, Lösungsansätzen und Ratschlägen, welche «die grüne» zusätzlich zum unentbehrlichen Helfer für jeden bäuerlichen Haushalt machen.



13x für nur Fr. 20.– (statt Fr. 24.70)

Jahresabo (52 Ausgaben) für Fr. 77.–
bzw. Fr. 94.– / Fr. 99.–
mit Regionalzeitung
plus Geschenk:
Flaschenöffner

«Bauernzeitung»

Die Wochenzeitung der bäuerlichen Organisationen in der Schweiz. Jede Woche aktuelle und kompetente Beiträge zu Agrarpolitik, Marktinformationen, Organisationen, aktueller Fachberatung und vielem mehr. Mit Regionalzeitungen für die Zentral-, Nordwest- oder Ostschweiz und verschiedenen Extras.

Jetzt Schnupper- oder Jahresabo anfordern!

Ja, ich möchte «die grüne»

- Im Schnupperabo zum Kennenlernen**
7 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 28.–
- Jahresabo für Fr. 85.–** statt Fr. 104.– (26 Ausgaben)
Ihr Geschenk: Taschen-Messband

Ja, ich möchte die «Bauernzeitung»

- Im Schnupperabo zum Kennenlernen**
13 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 24.70
- Jahresabo (52 Ausgaben) für Fr. 77.–** bzw.
Fr. 94.– / Fr. 99.– mit Regionalzeitung
Ihr Geschenk: Flaschenöffner

Coupon einsenden an:
Schweizer Agrarmedien GmbH,
Postfach 228, 3000 Bern 15

Absender Herr Frau

Name / Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

AM07SVP

Am schnellsten gehts per Tel. 031 958 33 37 oder
Fax 031 958 33 34 oder auf www.agrarmedien.ch

Roman S. Jäggi, Pressesprecher SVP

Wir brauchen keine schwarzen Schafe



In kaum einem anderen Land leben, im Verhältnis zur Bevölkerung, so viele Ausländer wie in der Schweiz. Die meisten davon respektieren unsere Gesetze und Regeln, gehen einer Arbeit nach, bestreiten ihren Lebensunterhalt selber und tragen zum Fortschritt der Schweiz bei. Doch es gibt leider auch andere.

In den letzten 20 Jahren ist die Ausländerkriminalität auf 53 Prozent gestiegen. Bei den schweren Straftaten, wie etwa vorsätzliche Tötung, beträgt der Ausländeranteil 55,5 Prozent, bei der Erpressung sogar 66 Prozent. Dramatische 85,5 Prozent der Vergewaltigungen gingen in der Schweiz im Jahr 2005 auf das Konto von Ausländern. Sie sind in der Sozialhilfe und in der IV massiv übervertreten. Einige Bevölkerungsgruppen, etwa vom Balkan, schlagen auffällig häufig die Sozialhilfekarriere ein und blühen erst als IV-Rentner richtig auf.

Dieser Missbrauch unserer Gastfreundschaft hat überall und auf allen Ebenen so stark zugenommen, dass die meisten Schweizer in irgendeiner Form davon betroffen sind, sei es auf der Strasse, in der Schule, am Arbeitsplatz, in den eigenen vier Wänden oder als Steuerzahler.

Weil der Ausländeranteil in der Schweiz hoch ist, müssen die Leitplanken des Zusammenlebens ganz klar und gut erkennbar gesteckt sein. Die Ausschaffungsinitiative der SVP ist eine Massnahme, Grenzen

zu setzen. Es fängt aber schon früher an. Die Schweiz muss sich ihre Gastarbeiter wieder gezielt aussuchen. So, wie sie es früher gemacht hat. Immer mehr Länder vergeben Aufenthaltsbewilligungen nur an ausgesuchte Berufsleute, die im eigenen Land Mangelware sind. Wer die Stelle verliert, muss wieder raus.

Die Schweiz ist zu lasch geworden. Wir lassen uns immer mehr ausnutzen und auspressen. Unser Land muss den Mut haben, Ausländer wieder nach Hause zu schicken. Solche, die nicht arbeiten wollen, die nicht bereit sind, sich zu integrieren, oder die sogar kriminell werden.

Grenzen zu setzen, Nein zu sagen und «schwarze Schafe» auszuschaffen – das wird eine der zentralsten Herausforderungen sein, denen sich die Politik, die Justiz, aber auch die Schule und Gesellschaft in den nächsten Jahren stellen müssen. Tun wir das nicht, haben wir über kurz oder lang Zustände wie in französischen Vorstädten. Ein Nein zu einem Minarettprojekt ist ein Nein. Ein Nein zu einer Einbürgerung ist ein Nein. Ein Nein zu einem Asylgesuch ist ein Nein. Mädchen haben den Schwimmunterricht zu besuchen und Weihnachten wird an unseren Schulen weiterhin gefeiert. Schluss mit Extrawürsten.

Werbung

schreinerei
bortoluzzi

Betpurstrasse 6, 8910 Affoltern a.A.
Tel. 044 761 36 46 info@tonibortoluzzi.ch

Türen - Schränke
Innenausbau Veriset-Küchen

1. Augustfeier 2007 im Wägital

beim Mehrzweckgebäude Vorderthal

Kindertanzgruppe
Galgenen



NR Pirmin
Schwander

Jagdhornbläser



Ivo Rüegg

Für musikalische
Unterhaltung
sorgt das Trio
Rötstock



Beatrice Egli



Jodlerclub
Sängertreu

Wettbewerb mit
vielen tollen
Preisen!

Ab 11.00 Uhr
Festwirtschafts-
betrieb



Einschellerverein
Vorderthal

Wir freuen uns auf Ihren Besuch: OK 1. Augustfeier

Programmablauf: 11.00 Uhr Beginn des Festwirtschaftsbetriebs
13.00 Uhr Offizieller Beginn des Festprogramms
16.45 Uhr Festansprache durch NR Pirmin Schwander
19.00 Uhr Gemütliches «Ausklingen» des Abends

Bundesrat Samuel Schmid

Sie haben unseren Dank verdient!



Die Freiheit ist uns nicht geschenkt. Unsere fernen Vorfahren haben sie auf den Schlachtfeldern zwischen Morgarten und Giornico und Grandson und an der Calven behauptet. Unsere nahen Vorfahren haben die besten Jahre ihres Lebens geopfert, um die demokratische Rechtsordnung inmitten grösster Kriege aller Zeiten zu bewahren. Unsere aller-nächsten Vorfahren (ja zum Teil noch wir selber) haben uns während des Kalten Krieges bemüht, für alle Fälle bereit zu sein. Dass wir uns um diese Bereitschaft nicht umsonst bemühten, wissen wir heute bereits recht genau: Das nahe der Kapelle beim freiburgischen Belfaux vergrabene feindliche Material für den Fall des Krieges gegen unser Land ist bei weitem nicht das einzige, aber ein sehr eindrückliches Zeugnis.

Gewiss, heute treten Mitbürger und Mitbürgerinnen ins Erwachsenenalter, welche den Kalten Krieg nur noch als Kleinkinder miterlebt haben, und in drei Jahren werden selbst die Jungbürger auch zur neuen Nachkriegsgeneration gehören, zur Generation der seit 1992 Gebo-

renen. Darüber aber sollten wir nicht vergessen, von Zeit zu Zeit auch an diejenigen Männer und Frauen in Dankbarkeit zurückzudenken, welche sich in den Jahren 1940 bis 1991 dem Widerstand gegen einen Besatzer nach dessen erstem Erfolg gewidmet haben, inspiriert von der Überzeugung, dass es keinen höheren Wert geben kann als die Freiheit. Die Organisation von Widerstand war ein anspruchsvolles Unterfangen: Galt es einerseits, Diskretion zu wahren, damit im Falle der Notwendigkeit nicht die ganze Organisation auf einen Schlag ausgehoben oder sonst paralysiert werden konnte, war andererseits die rechtsstaatliche Kontrolle sicherzustellen. In verschiedenen Phasen erfolgte die Güterabwägung auf verschiedene Weise: Einmal stand die Adresse der Widerstandsorganisation an der Thunstrasse in Bern im Staatskalender, ein anderes Mal war der vorgesehene Kommandoposten bei Gstaad so unsichtbar wie die gesamte Widerstandsorganisation überhaupt. Der Generalstabschef war stets au courant und damit war, über dessen Chef, den Departementsvorsteher, die politische Ver-

antwortung sichergestellt. Da das geheime Wirken am Ende des Kalten Krieges von einer anders denkenden Zeit nicht mehr durchweg verstanden wurde, kam es im Zusammenhang mit der Auflösung der unter der Tarnbezeichnung P 26 auftretenden Widerstandsorganisation zu einer gewissen politischen Aufregung bis hin zu Behauptungen, die mehr dem Reich der Filme von Ian Fleming und weniger der sehr exakt Buch führenden, bürgerlich anständigen schweizerischen Wirklichkeit entnommen waren.

Es können auch heute noch nicht alle Dossiers offengelegt werden, weil die Rücksicht auf die Beziehungen der Schweiz zu anderen Staaten dies verhindert. Fest steht aber, dass all diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die während der Zeit des Kalten Krieges auf den verschiedensten Gebieten sichtbar und weniger sichtbar für unsere Freiheit angetreten sind, unseren Dank redlich verdient haben.

Ihr Bundesrat
Samuel Schmid

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20
Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

Sicherheit schaffen und Missbrauch bekämpfen

Mit der Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer gehen wir gegen den Missbrauch unserer Gastfreundschaft durch ausländische Kriminelle und Sozialprofiteure vor. Kämpfen Sie mit uns für Sicherheit und Ordnung! Unterschreiben Sie das Volksbegehren auf der Rückseite dieser «Klartext»-Ausgabe!

Es wird weggeschaut, verschwiegen, vernebelt, verdreht und schöngeredet. Aber die Zahlen der Statistiken belegen,

was jede und jeder mit wachen Augen sehen kann: Unser Land leidet an unintegrierten Ausländern, an zunehmender

Kriminalität und wachsendem Missbrauch unserer Sozialwerke. Unsere Grosszügigkeit und unsere Gastfreund-

lichkeit werden schamlos ausgenutzt. Der Ausländeranteil bei Einbruchdelikten liegt bei über 60%, bei Betäubungsmittelhandel und bei Gewaltdelikten bei 80% und darüber. Der Ausländeranteil in den Gefängnissen liegt bei 70%. Auch beim Bezug von Leistungen der Sozialversicherungen oder der Sozialhilfe sind die Ausländer massiv übervertreten. In den letzten Jahren hat die Schweiz eine massive Einwanderung in die Einrichtungen der öffentlichen Wohlfahrt erlebt: 40% der IV-Leistungen und über 40% der Sozialhilfezahlungen gehen an Ausländer. Diese Probleme sind schwerwiegend. Aber sie sind lösbar – wenn nur der politische Wille vorhanden wäre. Im Bundesrat und im Parlament aber haben Linke und multikulturelle Schwärmer die Mehrheit. Alle Vorstösse der SVP wurden von einer Koalition der Realitätsverweigerer abgelehnt. Deshalb muss das Volk handeln. Jetzt. Mit einem Volksbegehren.

Mit der Initiative der SVP kann das Volk der Politik des Wegschauens und des Schönredens ein Ende setzen. Unsere Regeln und Gesetze gelten für alle – auch für Ausländer. Die Ausschaffungsinitiative fordert einfach und klar: Wer sich nicht an unsere Ordnung hält, hat hier keinen Platz. Er muss gehen. Wer auf Kosten der anderen lebt und die öffentliche Wohlfahrt missbraucht, hat bei uns nichts zu suchen. Auch er muss gehen.

Wirkungen der Ausschaffungsinitiative für

EU-Bürger

- werden bei Erfüllen eines Tatbestands ausgewiesen.
- Art. 5 Abs. 1 aus Anhang I des Freizügigkeitsabkommens mit der EU besagt:

Art. 5 Öffentliche Ordnung
«Die auf Grund dieses Abkommens eingeräumten Rechte dürfen nur durch Massnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigt sind, eingeschränkt werden.»

Nicht-EU-Bürger

- werden bei Erfüllen eines Tatbestands ausgewiesen.
- Der Entzug von Bewilligungen ist bereits im geltenden Recht möglich, allerdings nicht zwingend.

Nach **Art. 10 Abs. 1 lit. a ANAG** kann ein Ausländer ausgewiesen werden, wenn er wegen eines Verbrechens oder Vergehens gerichtlich bestraft wurde oder wenn er sich nicht in die geltende Ordnung einfügt. Diese Regelung wird im neuen Ausländergesetz weitergeführt (vgl. Art. 64 ff. AuG).

Flüchtlinge

- werden ausgewiesen, sofern es Art. 25 BV erlaubt.
- Eine Ausweisung darf nicht gegen das Non-Refoulement-Prinzip verstossen (Art. 25 Abs. 2 und 3 BV), wonach Flüchtlinge nicht in Staaten ausgeschafft oder ausgeliefert werden dürfen, in denen sie verfolgt werden.

Art. 25 BV

² Flüchtlinge dürfen nicht in einen Staat ausgeschafft oder ausgeliefert werden, in dem sie verfolgt werden.

³ Niemand darf in einen Staat ausgeschafft werden, in dem ihm Folter oder eine andere Art grausamer und unmenschlicher Behandlung oder Bestrafung droht.

Die Initiative verbessert die Rechtslage: Sie schafft Klarheit, indem die Frage der Ausweisung nicht mehr in das Ermessen der Behörden fällt, sondern bei Vorliegen der entsprechenden Tatbestände zwingend vollzogen werden muss.

Nur gerade 1,5% der ausländischen Wohnbevölkerung sind anerkannte Flüchtlinge!

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung
- Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR
- Produkte- und Dienstleistungswerbung
- Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Udo Ulfkotte, Publizist und Islamexperte

«Werte muss man verteidigen»

Herr Ulfkotte, Sie gelten als ausgewiesener Kenner des militanten Islams, haben zu diesem Thema Bücher verfasst und betreiben eine Dokumentationsseite auf dem Internet, auf welcher Sie Meldungen aus der Welt des Islams sammeln. Welcher Motivation entspringt Ihr Engagement?

Ich entstamme einer deutschen Familie, die angeblich beim Aufkommen der Nationalsozialisten und auch unter Hitlers totalitärer Diktatur keine Ahnung von den Verbrechen hatte, die vorbereitet und dann auch verübt wurden. Dabei hätte man nur die Augen öffnen müssen. Viele, zu viele haben damals die Augen geschlossen und eine Appeasement-Politik gegenüber den Nazis betrieben. Es wird schon nicht so schlimm kommen, dachten viele. Und es kam schlimmer. Heute denken wieder viele: Was das Vordringen des politischen Islams in Europa betrifft – es wird schon nicht so schlimm kommen. Da ich mehr als ein Jahrzehnt im Nahen Osten gelebt und die Führer des politischen Islams und ihre Ziele ausgiebig kennen gelernt habe, möchte ich nicht zu jenen gehören, die wie meine Vorfahren in den dreissiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts weggeschaut haben. Es rollt eine Bewegung auf unsere Werte und auf unsere europäische Kultur zu, der wir ständig nachgeben. Das ist Appeasement. Und das wird wieder einmal in eine Katastrophe führen. Wir haben als Bürger demokratischer europäischer Staaten nicht nur Rechte, wir haben auch Pflichten. Und eine dieser Pflichten ist es, nun aufzustehen und laut zu sagen: Es reicht. Genug ist genug! Stoppt die schleichende Islamisierung Europas!

Sie präsidieren den Verein Pax Europa. Welchem Ziel hat sich diese Vereinigung verschrieben?
Der gemeinnützige Verein Pax Europa e.V. will in ganz Europa all diejenigen vereinen, die mit der schleich-

henden Islamisierung Europas nicht einverstanden sind. Er bildet in jedem Staat in Europa Sektionen (in der Schweiz voraussichtlich ab September 2007) und führt öffentliche Veranstaltungen und Demonstrationen durch, die immer stärkeren Druck auf die Parteien ausüben werden, um die stille Islamisierung nicht nur aufzuhalten, sondern auch wieder rückgängig zu machen.

Ihre Netzseite bietet eine Fülle von Informationen aus der ganzen Welt. Sie tragen Daten zusammen, die mit den politischen Aspekten des Islams in Zusammenhang stehen. Wie können Sie diese umfangreiche Sammlung auf aktuellem Stand halten?

Unsere Mitglieder stammen aus allen europäischen Staaten. Sie schicken uns jeden Tag aus vielen Staaten Presseberichte zu, die man etwa in der Schweiz oder in Deutschland in den Medien nicht finden würde. Das veröffentlichen wir dann. So erhalten



Udo Ulfkotte, Jahrgang 1960, studierte in Freiburg/Brsg. und London Rechtswissenschaften und Politik. Seine Spezialgebiete sind Sicherheitsmanagement, Sicherheitstechnik, Spionageabwehr, Terrorismusabwehr, organisierte Kriminalität sowie der Nahe Osten. Er arbeitete nach seiner Promotion an der Universität Freiburg von 1986 bis Ende 2003 in der politischen Redaktion der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung». Zwischen 1986 und 1998 lebte er überwiegend in islamischen Staaten, unter anderem in Irak, Iran, Afghanistan, Saudi-Arabien, Oman, Emirate, Ägypten, Jordanien.

Er war Länderanalyst für den Mittelmeerraum, Afrika und den Na-

unere Mitglieder einen Eindruck von dem, was Islam und politischer Islam in der Realität bedeuten. Nicht nur das «Heile-Welt-Bild», das viele vom Islam und angeblichen «Dialog der Kulturen» zeichnen, sondern die Kehrseite der kulturellen Verarmung durch den politischen Islam, der uns von der multikulturellen Gesellschaft auf den multikulturellen Friedhof führen wird, wenn wir die Entwicklung nicht aufhalten. Überall dort in der Welt, wo angebliche multikulturelle Gesellschaften entstanden sind und der politische Islam mehr und mehr Raum bekommen hat, sind Kriege ausgebrochen oder Bürgerkriege. Man kann das gut am Beispiel der «Schweiz des Nahen Ostens» – des Libanon – deutlich machen. Der politische Islam hat das Land immer wieder in ein Schlachtfeld verwandelt. Es gibt viele Beispiele dafür. Selbst in der säkularen Türkei gehen heute Menschen auf die Strassen, um gegen den politischen Islam zu demonstrieren. Wir wollen also deutlich machen,

den Osten. Vor diesem Hintergrund half er unter anderem auch bei der Entstehung des «Investitionsführers Naher Osten» des FAZ-Instituts.

Ulfkotte ist Fellow des Marshall Memorial Fund der Vereinigten Staaten, war Mitglied im Planungstab der Konrad-Adenauer-Stiftung, Referent der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und ist Träger des sicherheitspolitischen Preises der Annette-Barthelt-Stiftung 2003. Seit 1999 lehrt er im Fachbereich Betriebswirtschaft «Sicherheitsmanagement» an der Universität Lüneburg. Als Publizist verfasste er zahlreiche Bücher zu sicherheitsrelevanten Fragen, so zuletzt «Propheten des Terrors» (zusammen mit Peter Scholl-Latour) und «Der Krieg in unseren Städten» zum Thema Islamismus und Terrorismus.

dass da eine Gefahr heraufzieht. Und wir werden ihr Paroli bieten!

Die politische Dimension des Islams in Europa wird nur selten diskutiert. Trotzdem beweist Ihre Dokumentation: Ab und an finden sich doch brisante Informationen in den Medien – die öffentliche Debatte jedoch bleibt aus. Weshalb?

Wir leben in einer «Ach-hab-mich-doch-bitte-lieb-Gesellschaft». Wir scheuen Konflikte. Wir wissen in Europa gar nicht mehr, was Bedrohung und Gefahr bedeuten. Wir haben Versicherungen für jede Gefahr. Warum also nicht ein wenig mit der Gefahr spielen, denken wir. Ich war lange Zeit Kriegsberichterstatte. Ich habe Gefahren einschätzen gelernt. Ich sehe bei den europäischen Medien und Politikern aber eine Generation von Weichlingen, die jedem Konflikt aus dem Wege gehen und Gefahren nicht einschätzen können. Ach wie haben sie doch beispielsweise die Hamas in Gaza über Jahre hin als «Freiheitskämpfer» gelobt und mit den Betonköpfen über einen «Dialog» gesprochen. Und nun errichtet zur Verblüffung vieler eben diese «ach so nette» Hamas eine Religionsdiktatur in Gaza. Diese ach so netten Gesprächspartner der Hamas, die mit den netten Politikern und Journalisten in Europa gestern noch so nett geplauscht haben, schneiden heute auf einmal Menschen in Gaza den Kopf ab, erschliessen sie und schänden Kirchen und verhalten sich so, wie viele Gutmenschen es sich nicht haben vorstellen können. Wir sind eine Gesellschaft von Weicheiern, die Amerikaner würden Wimps sagen, wir scheuen Konflikte und wollen jeden gaaaanz lieb haben. Deshalb machen wir es uns ganz einfach und sagen, die Bösen aus den Reihen des politischen Islams, das sind ja nur einige wenige. Alle anderen sind doch gaaaanz lieb. Und deshalb weisen Politiker die Sicherheitsbehörden an, der Bevölkerung doch bloss nicht die ganze Wahrheit zu sagen. Man will doch gewählt werden. Es ist doch (noch) alles so lustig in unserer Balla-Balla-Gesellschaft.

Wie gross ist die muslimische Gemeinde in Deutschland?

Nach offiziellen Angaben leben in Deutschland etwa 3,2 Millionen Muslime. Da die letzte Volkszählung 1987 stattgefunden hat, wird allerdings

heute die Zahl von derzeit vier Millionen Muslimen realistischer sein.

Wie sind diese Muslime organisiert? Gibt es *den* Islam in Deutschland oder muss man von einer Vielzahl muslimischer Gemeinschaften sprechen?

Ebenso wie in der Schweiz gibt es auch in Deutschland nicht *den* Islam. Es gibt viele verschiedene Gruppen. Als Sprachrohre *des* Islam werden jedoch leider von Politikern viele umstrittene Gruppen zur Kenntnis genommen wie etwa der «Zentralrat der Muslime in der Bundesrepublik Deutschland». Das ist eine Organisation, die ich nicht nur für höchst problematisch halte, sondern aus meiner persönlichen Erfahrung sogar für gefährlich, subjektiv wie gesagt. Ich persönlich glaube den Vertretern des «Zentralrates der Muslime» in Deutschland nicht ein Wort, wenn sie von «Dialog» sprechen. Der Grund: Dieser Verband weist mit einigen seiner Mitgliedsorganisationen eine deutliche Nähe zur radikal-islamistischen Muslimbruderschaft auf.

Und das ist eine gefährliche Krake, die den politischen Islam repräsentiert und vorantreibt.

Bundesinnenminister Schäuble hat mit der von ihm einberufenen Islamkonferenz auch in der Schweiz Aufsehen erregt. Wie kam es dazu? Und was ist Sinn und Ziel einer solchen Konferenz?

Politiker wollen Probleme natürlich lösen. Und so führt man Gespräche. Herr Schäuble denkt in den Bahnen der westlichen Kultur. Er denkt in den Strukturen eines Juristen. Er denkt, wenn er auch mit Vertretern des politischen Islams spricht, dann werden Abmachungen eingehalten. Das ist dummerweise eine rein westliche Sicht. Er erkaufte sich damit zwar Zeit – schiebt die Probleme aber auf die nächste Generation. Unsere Kinder werden es Menschen wie Herrn Schäuble in den Geschichtsbüchern sicher danken, dass er Personen wie Ibrahim al-Zayat von der umstrittenen Islamischen Gemeinschaft in Deutschland nicht hinausgeworfen hat. Herr Schäuble weiss vielleicht

gar nicht, wen er da in seiner Nähe hat. Aber er müsste es wissen. Den Rest werden die Geschichtsbücher schreiben. Herr Schäuble erkaufte sich damit für eine oder zwei Wahlperioden Ruhe vor dem politischen Islam. Dann werden wir eine politische Partei des politischen Islams in Deutschland haben. Und dann haben wir den Salat. Man muss jetzt handeln. Wir brauchen keinen weiteren Einfluss des politischen Islams.

Die Islamkonferenz erntete quer durch die Parteienlandschaft Applaus. Kritik kam erstaunlicherweise von intellektuellen Immigranten, die ihren muslimischen Glauben mittlerweile aufgegeben haben. Wie muss man sich das erklären?

Wir sind in Deutschland eine «Bussi-Bussi-Gesellschaft». Jeder will jeden lieb haben. Und wenn es einen möglichen Konflikt gibt, dann versucht man ihn ganz schnell zu «lösen». Man plauscht ein wenig und sagt, dass man sich fortan ganz lieb hat. Und dann klatscht man, weil der Konflikt «gelöst» ist. Und deshalb gu-

cken unsere Medien weg, wenn bei der tollen Islamkonferenz Muslime etwa eine 30-Prozent-Quote für positive Berichterstattung über den Islam in Deutschland von den Medien fordern. Das passt nicht ins Bild. Das macht die Stimmung kaputt. Und deshalb berichtet man, dass es einfach ganz toll war und sich jetzt alle ganz lieb haben und an den Händen fassen. Das hatten wir auch nach dem Streit um die Absetzung der Oper *Idomeneo* in Berlin im letzten Jahr. Da setzten sich die gleichen Personen zusammen und gelobten, alle gemeinsam in die Oper zu gehen, weil man sich ja jetzt wieder lieb hat. Ach, und dann sagten einige Muslime, die gestern noch am Tisch gesessen hatten und ganz wichtig waren, ihre Teilnahme an der Opernaufführung ab. Das ist natürlich nicht nett von ihnen. Das verstösst gegen die Spielregeln der «Bussi-Bussi-Gesellschaft».

Wenn sich Politiker mit geistigen Führern treffen, kommt solchen Zusammenkünften automatisch

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
Industriestrasse 4
CH-9565 Bussnang, Schweiz
Telefon +41 (0)71 626 20 20
stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



politische Bedeutung zu. Wie weit ist der Islam bereits eine politische Kraft?

Der Islam ist überall in Europa eine politische Kraft. Jeder Politiker will doch, dass die wachsende Zahl der Muslime ihn wählt. Politiker brauchen Stimmen. Und deshalb nehmen sie Rücksicht auf die Bedürfnisse von Muslimen. Wir nehmen überall in Europa die Kreuze ab. Das könnte ja Muslime beleidigen. Wir setzen den Kindern bei Schulspeisungen in Europa Fleisch von geschächteten Tieren vor, alles andere würde Muslime ja verärgern. Wir überlegen uns ständig, welchen Gefallen wir Muslimen noch tun können, aus vorauseilendem Gehorsam dem Islam gegenüber. Wir sind ein Volk von Idioten: Käme ein Hindu und würde in der Schweiz sagen, ach, bitte schlachtet doch keine Rinder mehr, das beleidigt meinen Glauben. Wir würden ihm sagen, scher dich zum Teufel, das gehört hier nun einmal zu unserer Kultur. Entweder du akzeptierst unsere Kultur oder du hast die Freiheit der Ausreise. Bei Vertretern des politischen Islams und ihren Forderungen, da knien wir ganz schnell untertänigst nieder und fragen höflichst, was wir denn noch tun können, um Muslime bloss nicht zu beleidigen. Das ist wirklich eine interessante Entwicklung. Wir geben uns und unsere Werte einfach auf. Bei Hindus oder anderen Religionsgemeinschaften kämen wir nie und nimmer auf die Idee. Das ist offenbar wie eine Gehirnwäsche.

Immer wieder taucht die vage Vorstellung eines Euro-Islams auf, eines Islams also, der sich die Werte der europäischen Aufklärung aneignet und mit unserer freiheitlichen und säkularen Gesellschaft und unserer Demokratie verträglich ist. Ist das ein mögliches Szenario oder ist hier der Wunsch Vater des Gedankens?

Wunderbare Frage. Euro-Islam? Das sind multikulturelle Traumwelten. Wir müssen nur ganz, ganz viele unserer Werte aufgeben und dann macht es auf einmal PLOPP und wir haben den Euro-Islam. Ist es nicht schön, von einer kuscheligen heilen Welt zu träumen? Leider hat der Erfinder des Begriffes Euro-Islam, der Göttinger Professor Bassam Tibi, nach 32 Jahren hier seine Koffer gepackt und ist ausgewandert, weil er uns für bescheuert hält. Er hat jede Hoffnung aufgege-

ben, dass wir noch zur Besinnung kommen und friedfertige integrationsbereite Muslime stärken. Der Zug des Euro-Islams, der ist schon vor langer, langer Zeit abgefahren. Der Zug, der jetzt in den Bahnhof einfährt, das ist der Zug des politischen Islams. Alles andere sind Traumwelten.

Gerade die Linke hat in Europa eine ausgeprägte säkulare Tradition. Vielen linken Vordenkern galt die Religion bis in unsere Tage als Opium für das Volk. Wie kommt es nun, dass linke Parteien und Politiker gerade beim Thema Islam ihr Verständnis für die Religion entdecken?

Na ja, nach dem Zerfall der Sowjetunion ist der politischen Linken doch ihr Baby abhanden gekommen. Sie brauchen etwas, um ihre Ideologie am Leben zu erhalten. Und da ist der radikale Islam, den es zu beschützen gilt vor unseren bösen westlichen Werten, doch eine wunderbare Ersatzdroge.

In Köln soll eine imposante neue Moschee gebaut werden. Dies hat zu einer Kontroverse geführt. Aus hiesiger, schweizerischer, Sicht ist dies das erste Mal, dass sich deutliche Kritik an einem solchen Bauvorhaben artikuliert. Täuschen wir uns oder findet in Deutschland ein Umdenken statt?

In Deutschland sind wir derzeit wieder da, wo wir Ende der siebziger Jahre schon einmal bei der Entstehung der Grünen aus der Umweltschutzbewegung waren: da finden sich viele, viele Gruppen zusammen, die die Entwicklung gar nicht mehr witzig finden. Und die Politik versteht – wie beim Aufkommen der Grünen aus der Umweltschutzbewegung heraus – die Zeichen der Zeit nicht. Was in Deutschland ganz sicher passiert, ist die Erkenntnis, dass unsere Politiker bislang den Willen eines wachsenden Teils der Bevölkerung in dieser Frage einfach nicht erkennen oder nicht erkennen wollen. Und deshalb werden aus Bewegungen wie Pax Europa auch neue Parteien entstehen – so wie einst beim Umweltschutz die Grünen. Wir werden mit der Faust auf den Tisch hauen und Grenzen für die Aufgabe unserer Werte setzen. Wir werden den Schmusekurs mit Islamisten stoppen!

Zu Ihren persönlichen Erfahrungen: Mit Ihrer publizistischen Arbeit verstossen Sie offenkundig

gegen die Gebote der politischen Korrektheit. Haben Sie in Ihrem Privat- und Berufsleben Folgen zu tragen?

Ach, das Übliche halt. Hin und wieder eine Morddrohung, unglaubliche Beschimpfungen und einknickende Politiker, die mich erst zu einer Diskussionsveranstaltung einladen und dann unter Druck ihrer Kollegen wieder ausladen. Das typische Verhalten von Weichlingen eben. Keinen Hintern in der Hose, aber Politiker spielen wollen. Heraus kommt dann so etwas wie die Islamisierung Europas.

Sie treten in der deutschen Öffentlichkeit als Mahner auf. Wie reagieren die politischen Parteien, die Landeskirchen und die Medien auf Ihre Warnrufe?

Hinter vorgehaltener Hand applaudieren immer mehr. Öffentlich aber mag kaum einer dazu stehen. Ich weiss nicht, ob sich das ändern wird. Aber mir sind Politiker und Medien auch eher weniger wichtig. Wichtig sind die Menschen hier in Europa. Wir wollen keine Politiker oder Medien glücklich machen, das ist nicht unsere Aufgabe. Wir müssen erst einmal Aufklärung betreiben. Sie müssen einfach wissen, was ihnen die Medien an Informationen vorenthalten und warum unsere Politiker aus wahltaktischen Gründen, nur um bis zur Gründung islamischer Parteien von Muslimen gewählt zu werden, sich so verhalten. Politiker kann man abwählen und in Rente schicken. Und ich bin überzeugt davon, dass die Bevölkerung bald die Nase von dieser Entwicklung voll hat.

Wie sehen Sie die Zukunft Europas?

Wir können die Entwicklung noch aufhalten. Wir können dem politischen Islam überall in Europa aufrechten Hauptes entgegentreten und die Vertreter des politischen Islams aus Europa verbannen. Wir haben in Europa Einreise-, aber wir haben auch Ausreisefreiheit. Das muss man den Leuten auch mal klarmachen. Schaffen wir das nicht, dann werden immer mehr gut ausgebildete Europäer ihre Heimatstaaten verlassen. Schon jetzt packen rund 155 000 Deutsche Jahr für Jahr die Koffer, weil sie die Entwicklung schlecht finden. Geht die ganze Entwicklung in Europa auch vor dem demografischen Hintergrund so weiter, dann haben wir in wenigen Jahrzehnten ein islamisch geprägtes Europa. Das will ich nicht. Und das wollen viele andere Europäer auch nicht. Und deshalb stehen wir jetzt gemeinsam auf. Und je mehr den Mut haben, aufzustehen, umso grösser ist die Chance, dass wir unsere europäischen Werte behalten und die drohende Gefahr abwehren werden.

Wie kann der Westen seine abendländische Tradition bewahren?

Ganz einfach: Kein Weichei sein. Auch mal öfter NEIN sagen zu Muslimen. Grenzen aufzeigen, Grenzen der Toleranz. Wir müssen nicht jeden Schwachsinn mitmachen. Wir müssen uns nur zu unseren Werten bekennen. Freiheit und Werte muss man auch verteidigen. Wer dazu nicht bereit ist, der wird verlieren.

Hotel Alpenblick Fieschertal
Wellness-Hallenbad
Sauna-Dampfbad-Whirlpool

SVP-HIT

Mit diesem Gutschein übernachten Sie zum SVP-Spezialpreis von:

Fr. 50.-
pro Person/Nacht

- Übernachtung mit Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

Franz Ruppen, Gemeinderat und Grossrat, Präsident SVP Oberwallis

SVP Oberwallis hat Zukunft!

Allgemeine politische Situation

Die SVP Oberwallis (SVPO) wurde im Jahre 2002 als eigene Kantonalpartei gegründet. Damit gibt es im Wallis zwei SVP-Kantonalparteien: die SVPO im Oberwallis und die UDC Valais romand im Unterwallis. Vorher gab es im Wallis lediglich eine Kantonalpartei, die SVP Wallis. Es haben im Übrigen auch alle anderen Parteien je eine Oberwalliser und eine Unterwalliser Kantonalpartei. Dies nicht zuletzt aus sprachlichen Gründen, ist doch der Kanton Wallis ein zweisprachiger Kanton, in welchem ca. 70% der Bevölkerung französisch- und ca. 30% deutschsprachig sind.

Die SVPO verfügt seit den Gemeinderatswahlen 2004 über je einen Gemeinderatssitz in Naters, Leuk-Susten und Fieschertal und stellt zudem den Bürgerpräsidenten in Turtmann. Seit den Grossratswahlen 2005 hat die SVPO einen Sitz im Grossen Rat des Kantons Wallis inne. Der bisher einzige Grossrat der SVPO bildet dabei zusammen mit den fünf SVP-Grossräten aus dem Unterwallis eine gemeinsame Fraktion.

Die Aufbauarbeit unserer noch jungen Kantonalpartei ist nicht einfach. Im Oberwallis wählen immer noch ca. 75% die C-Parteien (CVPO und CSPO). Zudem wird gegenüber Personen, die sich zur SVP bekennen wollen, immer wieder ein gewisser wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Druck ausgeübt. Deshalb gibt es viele Leute, die sich öffentlich



nicht zu uns bekennen wollen oder können, die uns aber hinter vorgehaltener Hand bestätigen, dass sie der SVP ihre Stimme geben. Trotzdem wird die Zahl derer, die öffentlich zur SVP stehen, täglich grösser: Es gibt nämlich immer mehr Leute, die sich eine Änderung der politischen Situation im (Ober-)Wallis wünschen!

Gründungen von Bezirks- und Ortsparteien

Aus den vorgenannten Gründen ist es auch nicht immer leicht, genügend motivierte Leute für den Vorstand einer Bezirks- oder Ortspartei zu finden. Trotzdem ist es uns in den letzten paar Jahren gelungen, mehrere Bezirks- und Ortsparteien zu gründen: So konnten wir die Bezirksparteien Leuk, Brig und Goms/Östlich-Raron gründen, ebenso die Ortsparteien Leukerbad, Leuk-

Susten, Gampel und Naters. Es ist uns dabei jeweils gelungen, engagierte und initiative Vorstandsmitglieder zu finden. Besonders erfreulich ist es, dass sich immer mehr junge Leute für ein Vorstandsamt zur Verfügung stellen! Im Jahre 2005 konnte sogar die Junge SVPO gegründet werden. Die Mitglieder der Jungen SVPO haben seither immer wieder durch engagierte Presseartikel sowie durch Standaktionen auf sich aufmerksam gemacht. Sehr dankbar sind wir bei unserer Aufbauarbeit auch für die grossartige Unterstützung seitens der Mutterpartei. So konnten wir bei unseren Gründungsversammlungen immer wieder hochkarätige Gastredner wie die Nationalräte Ueli Maurer, Toni Brunner, Oskar Freysinger, Hermann Weyeneth, Caspar Baader, Ursula Haller und Luzi Stamm sowie die Geschäftsführerin der SVP des Kantons Bern, Alike Panayides, begrüßen. Im Jahre 2006 war zudem Bun-

desrat Christoph Blocher Festredner an der 1.-August-Feier in Oberwald sowie Bundesrat Samuel Schmid Gastreferent am Parteiprogramm-Wochenende der Jung-SVP Schweiz in Brig-Glis.

National- und Ständeratswahlen 2007

Die SVPO beteiligt sich mit zwei Listen an den diesjährigen Nationalratswahlen, mit einer Hauptliste mit drei Kandidaten sowie mit einer Jugendliste mit fünf Kandidaten. Besonders erwähnenswert ist es, dass insbesondere die JSVPO keine Mühe hatte, Kandidaten für ihre Liste zu finden. Dies ist sehr erfreulich, ist doch die Jugend die Zukunft jeder Partei. Im Weiteren stellt die SVPO in der Person von Lukas Jäger, Bürgerpräsident von Turtmann und Generalsekretär der SVPO, auch einen Ständeratskandidaten. Die SVP Unterwallis tritt mit vier Listen zu den Nationalratswahlen an: mit einer Liste SVP Mittelwallis und einer Liste SVP Unterwallis sowie mit je einer Jugendliste. Alle sechs SVP-Listen werden miteinander verbunden. Ziel ist es, den Walliser SVP-Sitz zu halten und im ganzen Kanton an Stimmen zuzulegen. Die SVPO hat sich gar zum Ziel gesetzt, ihren Stimmenanteil anlässlich der Wahlen 2003 zu verdoppeln!

Freiwilliger Abonnementsbeitrag

Eine informative, aktuelle und lebendige Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP auf dem Laufenden zu halten. Die SVP redet Klartext. Die **Parteizeitung «SVP-Klartext»** macht das auch.

Die Produktion und der Vertrieb von «SVP-Klartext» sind mit Kosten verbunden, welche gedeckt werden müssen. Aus diesem Grund erlauben wir uns, Ihnen mit dieser Ausgabe einen Einzahlungsschein zu überreichen. Sie haben so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Damit leisten Sie einen wichtigen Beitrag für die Zukunft der Parteizeitung «SVP-Klartext».

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Sollte der Einzahlungsschein in dieser Zeitung fehlen, verwenden Sie bitte folgende Bankverbindung:

Bank:
UBS AG, 8098 Zürich
Postkonto:
80-2-2
Zugunsten Konto:
CH67 0023 5235 8557 0004 M
Begünstigter:
Schweiz. Volkspartei, 3001 Bern

(Zahlungszweck:
Parteizeitung SVP-Klartext)

Taschenmunition

Die Schweizer Armee ist ein Heer von Bürgersoldaten. Das setzt voraus, dass man dem Volk, dass man den Bürgern vertraut. Und das Vertrauen drückt sich darin aus, dass der Bürger und Wehrmann Waffe und Munition mit nach Hause nimmt. Unsere Re-

gierung traut dem Volk nicht mehr: Der Bundesrat will die Taschenmunition in der Kaserne haben, will den Bürger entwaffnen. Aber: Eine Regierung, die dem Volk nicht traut, hat auch das Vertrauen des Volkes nicht verdient.

Claude-Alain Voiblet, Koordinator für die Westschweiz

Bereit für ein Wachstum

Die meisten Westschweizer Kantone blicken auf eine Wahlperiode auf kantonaler und kommunaler Ebene zurück. Die Politik kennt aber keine Verschnaufpausen; die eidgenössischen Wahlen stehen unmittelbar vor der Tür.

Seit zehn Jahren bemüht sich die SVP Schweiz tatkräftig um den Aufbau einer leistungsfähigen Organisation sowie um die Schaffung eines erweiterten Netzes neuer Kompetenzzentren in der gesamten Westschweiz. Diese Basisarbeit trägt vielversprechende Früchte. Seit mehreren Monaten baut unsere Partei Schritt für Schritt eine erfolgversprechende politische Strategie auf, eine Garantie für das Wachstum der SVP in der westlichen Schweiz.

Unter der Führung einer Strategiegruppe, in der Vertreter aller sechs französischsprachigen Kantone sowie des Berner Juras mitarbeiten, liefert unsere Partei eine politische und logistische Unterstützung während der Kampagne für die eidgenössischen Wahlen vom kommenden Oktober. Diese strategische Begleitungsgruppe wird angeführt von Yvan Perrin, Nationalrat und Vizepräsident der SVP Schweiz.

Unsere Partei ist heute zuversichtlich, die Schaltstellen in den Kantonen funktionieren ausgezeichnet, die Sektionen haben glaubwürdige Listen mit starken Persönlichkeiten aufgestellt. Deren vielfältige Fähigkeiten werden ein sehr gutes Bild der SVP generieren. Kurz, die SVP ist eine Siegerpartei.

Was wäre eine gute Strategie, was eine qualitativ hochstehende, logistische Organisation ohne ein klares,



politisches Gemeinsamprogramm, ohne starke Ideen und ohne die Verteidigung unserer Werte? Die SVP will mit einem gemeinsamen Basisprogramm auf die Strasse, will im direkten Gespräch die Wähler im Hinblick auf die kommenden, eidgenössischen Wahlen wachrütteln und die vergangene Politik anprangern, die auf weniger Demokratie, weniger Freiheit, weniger Wohlstand, aber mehr Schulden und höhere Steuern hinauslief.

In der Romandie engagiert sich unsere Partei in erster Linie dafür, diese Situation vergessen zu machen. Diese Lage, eine Erbschaft aus den 90er Jahren, ist eine Katastrophe für unser Land und dessen Institutionen. Unser Staat wird von den Ausgaben der öffentlichen Hand, von der Bürokratie und einer Flut neuer Reglementierungen erdrückt. Die von der Linken inszenierte Politik hat zu einem dramatischen Freiheits- und Unabhängigkeitsverlust geführt.

Heute kämpfen die Vertreter unserer Partei mit Nachdruck für die Bewahrung des Erbes früherer Generationen. Jetzt, an der Schwelle zu den eidgenössischen Wahlen, ist es ausschlaggebend, dass die Wähler verstehen, dass jede Stimme für die Linke eine Stimme gegen die Schweiz ist.

Die Eigenverantwortung hat sich zum Vorsorgestaat verschoben und diese irrealer Vision drückt sich in weniger Freiheit und mehr Steuern aus. Der Bürger braucht sich nicht mehr selber zu versichern. Der Vater Staat ist ja da ...

Der Staat nimmt dem Volk Schritt für Schritt die Macht aus der Hand. Das ist eine der weiteren Folgen der Politik der Sozialdemokraten: weniger Freiheit, mehr Gesetze, höhere Steuern.

In der Westschweiz verteufelt die Linke, mit Hilfe gewisser Medien, das demokratische Credo. Es reicht aus, ein Problem der Einwanderung, des unzivilisierten Verhaltens oder der steigenden Unsicherheit aufs Tapet zu bringen, um eine Vereinigung, eine Kommission oder sonst eine Organisation auf den Plan zu rufen. Diese selbsternannten Organe gegen den Rassismus und Gegner eines eingebildeten Sozialabbaus malen dann die pragmatische und kohärente Politik der SVP als Teufel an die Wand.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten in der Romandie treten für mehr Sicherheit und weniger Missbräuche ein. Sie sind überzeugt, dass wir die Schwachen stärken, wenn wir die Starken nicht schwächen. Der Europäischen Union nicht beitreten, die kriminellen Ausländer ausschaffen und die Steuern senken: Das sind starke, politische Engagements, welche die politischen Akteure in der Westschweiz einigen.

Unsere Kampagne versteht sich als sichtbar, klar und korrekt. Wir kämpfen entschlossen für unsere Ideen und respektieren die Menschen, die sie verteidigen.

Auf diese Weise werden die Wähler in allen Westschweizer Kantonen sehen, dass es unseren Kandidaten ernst ist und sie es verdienen, einen Sitz in Bern zu erobern.

Swissair

Die SVP hatte in der vergangenen Sommersession eine Swissair-PUK gefordert: eine parlamentarische Untersuchungskommission, die Vorkommnisse von grosser Tragweite abzuklären befugt ist. Eine solche PUK darf Akten einsehen und involvierte Beamte befragen. Die SVP ist der Ansicht, dass im Zusammenhang mit dem Untergang der Swissair nach wie vor Fragen offen sind. So ist weiterhin ungeklärt, ob der Staat seine Rolle als Konzessionsersteller und Aktionär der Swissair ordnungsgemäss wahrgenommen hat. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, ob die Bundesräte Leuenberger und Deiss den damaligen Verwaltungsratspräsidenten der Swissair, Eric Honegger, anwiesen, der faktisch bankrotten belgischen Airline Sabena 150 Millionen Euro zu überweisen. Bestand die Absicht, damit den Abschluss der bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU zu unterstützen? Die Parlamentsmehrheit stimmte gegen den Antrag der SVP. Und somit gegen Aufklärung, Klarheit und Wahrheit.

Verwahrungsinitiative

Das Parlament müsste endlich die Ausführungsgesetzgebung angehen. Nur so kann der klare Volksentscheid umgesetzt werden. Aber Linke und Scheinbürgerliche kümmern sich nicht um den Volkswillen. Sie setzen auf juristische Trickerei. Und sie spielen auf Zeit. Auch in der Sommersession wurde die Verwahrungsinitiative nicht behandelt. So wird das Volk von der classe politique verächtlich ignoriert ...

Werbung

Internet-Auftritte

für SVP-Kandidaten,
Ortsparteien oder KMU.

www.typo3start.ch

Schnell, einfach, günstig
und professionell.

Ausflug 2007

Der Hof von Toni Brunner, idyllisch über Ebnat-Kappel gelegen: Ziel des Fraktionsausfluges der SVP. Gesel-

ligkeit, Gesang und Volkskultur. Kameradschaft und Kräfteressen im Sägemehl. Und da traf ein Bun-

desrat (Christoph Blocher) auf einen König (Nöldi Forrer).



Spazieren mit Geissbock Zottel

In unserer Parteizeitung «SVP-Klartext» vom Mai 2007 haben wir einen Wettbewerb durchgeführt. Kinder bekamen die Möglichkeit, mit dem SVP-Glücksbringer für die Wahlen 2007, Geissbock Zottel, spazieren zu gehen. Der 23. Juni war für die jungen Zottelfreunde ein

grosser Tag. Die Wettbewerbsgewinnerinnen und Wettbewerbsgewinner besuchten mit ihren Eltern unseren Zottel in seinem Heim in Otelfingen. Dort wohnt der muntere Geissbock auf dem Hof von Nationalrat Ernst Schibli. Bald nach der Ankunft ging es mit Zottel und Wal-

lach «Wauti», seinem Stallgefährten, auf den Weg durch die umliegenden Wiesen und Felder. Nach der Rückkehr erwartete die Gruppe ein Imbiss auf dem Bauernhof, wo Ernst Schibli die Zottelfreunde bewirtete und mit Gemüse aus Eigenproduktion beschenkte.



Mit Auslandschweizerlisten in den Wahlkampf

SVP International – weltoffen + heimmattreu

(SVP International) Rund 640 000 Schweizer leben im Ausland, mehr als 115 000 machen von ihrem Stimm- und Wahlrecht Gebrauch und beteiligen sich aktiv am politischen Leben. Abstimmungen und insbesondere die Nationalrats- und Ständeratswahlen stossen auch bei den Auslandschweizern auf grosses Interesse.



**Inge Schütz, Leiterin
der Handelsabteilung
der Schweizer
Botschaft, Schweden**

Mit der «SVP International» hat die Schweizerische Volkspartei eine spezielle Parteisektion für Auslandschweizer (www.svp-international.ch). Die SVP International wird seit mehreren Jahren von Rolf B. Schudel, einem Unternehmer, der in Johannesburg (Südafrika) wohnhaft ist, präsiert. Anlässlich der Nationalratswahlen vom Herbst 2007 wird die SVP International mit drei eigenen Kandidatenlisten präsent sein. Solche sind in den Kantonen Zürich, Genf und Schaffhausen mit insgesamt rund 30 Auslandschweizern geplant.

Für uns ist es wichtig, dass auch die Fünfte Schweiz in unserem Parlament mit mindestens einer Stimme vertreten ist und so die

Interessen der Auslandschweizer besser eingebracht werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, möchte die SVP möglichst vielfältige und interessante Listen mit Kandidaten aus der ganzen Welt präsentieren.

Auch wenn die Wahlchancen für Auslandschweizer geringer sind als für Ortsansässige, so ist es doch wichtig, dass auch sie im Wahlkampf eine Plattform haben, um ihre Erfahrungen und Anliegen zu präsentieren. Die Anliegen der Auslandschweizer sind oftmals wenig bekannt. Wir hoffen, dass diese dank unseren Auslandschweizerlisten vermehrt diskutiert werden.



**Rolf Schudel,
Präsident
SVP International,
Unternehmer,
Südafrika**



**Peter Simon Kaul,
Kaufmann,
Deutschland**



**Norbert Ehrbar,
Gastronomieexperte,
Vietnam**



**Ueli Maurer jun.,
Business Manager,
Norwegen**



**Martina Solmes,
Studentin,
USA**

**Voter UDC, c'est voter pour la Suisse! – Votare UDC, è votare per la Svizzera!
¡Votar UDC, es votar por Suiza! – Vote SVP, vote for Switzerland!**

Professorenpolitiker

Eine gefährliche Entwicklung bahnt sich an: Dem Volk sollen stillschweigend Rechte entzogen werden. Immer öfter heisst es: Da darf das Volk nicht entscheiden, da hat das Volk nichts zu sagen, das regelt ein sogenanntes «Völkerrecht». Also unklare, schwammige Regeln, welche die Juristen nach Belieben interpretieren können. Das bedeutet: Wenige Juristen wollen anstelle des Volkes entscheiden. Und das wäre das

Ende der Demokratie. Wir müssen uns klar bewusst sein: Wenn sich Professoren und pensionierte Bundesrichter zu politischen Themen äussern, tun sie das aus politischen Gründen. Sie hängen ihren rein persönlichen Meinungen einfach eine juristische Begründung um. Deshalb darf solchen Ansichten kein höherer Stellenwert beigemessen werden als denjenigen eines jeden einfachen Bürgers.

Fernsehwerbung für die SP

Am Ersten Mai strahlte das Schweizer Fernsehen eine Sendung aus, bei der während 75 Minuten eine Runde von Spitzenpolitikern der SP über sozialdemokratische Politik diskutieren konnte. Als dürftiges Feigenblatt war ein CVP-Vertreter geladen. Fehr, Cavalli, Goll, Hubacher und Sommaruga erhielten im «Club» Gelegenheit zur unwidersprochenen Partei- und Selbstdarstellung. Werbung für die SP – finanziert durch Gebühren. Das ist eine grobe Verletzung des gesetz-

lich verankerten Informationsauftrages von SF DRS. Die SVP hat gegen diese einseitige Programmgestaltung bei der Ombudsstelle Beschwerde erhoben. Sie wurde abgelehnt. Mit der Begründung: die Sendung sei «interessant» gewesen und «besonders gut gelungen». Womit einmal mehr bewiesen ist, dass die Linke durch Verwaltung und Staatsmedien eine Vorzugsbehandlung erfährt – wir ziehen die Beschwerde an die nächste Instanz weiter.

Petra Kunz, Nationalratskandidatin SVP Kanton Bern

«Wie ich zur Politik kam»

«Das isch dänk dört, wo dr Minger-Rüedu härchunnt!», war die Reaktion meines Grossvaters, als ich ihm erzählte, dass wir nach Schüpfen umziehen. Der damit verbundene Minger-Mythos hat mich in all den Jahren stets begleitet. Mein Vater wurde in der Gemeinde rasch politisch aktiv. Da meine Mutter und meine Schwester sich nicht für Politik interessierten, führte mein Vater seine politischen Gespräche mit mir und ich hörte ihm jeweils gespannt zu, wenn er erzählte, was in der Politik gerade lief. Schon früh beglei-



tete ich meinen Vater an die Gemeindeversammlungen. An Abstimmungen und Wahlen nahm ich stets teil. Politik hat aus meiner Sicht nicht nur mit Interesse zu tun, sondern auch mit Verantwortung und Pflichtbewusstsein unserer Gesellschaft und unserer Demokratie gegenüber. Mit 19 Jahren trat ich, mit einer bürgerlichen Überzeugung, der SVP bei. Ich erinnere mich noch gut, als wir an einem Fussballspiel über Radio die Abstimmung über den EU-Beitritt mitverfolgten. Wir jubelten, als sei ein Tor gefallen, als das Resultat be-

kannt gegeben wurde. Von da an war ein politisches Feuer in mir geweckt. Als dann eine Vakanz in der Planungskommission zu besetzen war, wendete sich mein Vater an mich: «Einige aus dem Vorstand meinten, du bist die richtige Person dazu, ich habe ihnen jedoch gesagt, du bist noch zu jung.» Mit diesem Satz weckte mein Vater meinen Ehrgeiz und ich startete meine aktive politische Phase. Nach über elf Jahren bin ich immer noch mit Spass und Leidenschaft in der Politik aktiv. Vor über einem Jahr übernahm ich das Präsidium der SVP Schüpfen und kandidiere nun auf der Nationalratsliste. Meine Eltern sind vor ein paar Jahren aus Schüpfen weggezogen, ich und mein politisches Feuer sind geblieben. Doch etwas hat sich geändert: Heute ist es mein Vater, der mir interessiert zuhört, wenn ich ihm erzähle, was in der Politik so alles läuft.

Yvette Estermann, Nationalratskandidatin Luzern

«Frauenstark!»

Wir sind keine «Mauerblümchen» und keine frustrierten «Emanzen»! Wir stehen für Werte, welche unsere Schweiz stark und unverwechselbar gemacht haben. Wir brauchen keine Frauenquoten, die uns portieren. Bei uns in der SVP steht die Frau ihren Mann!

Wir beeindruckt mit 150% Leistung: Familie, Beruf, Politik! Einen Beruf erlernen, eine Familie gründen, den beruflichen Wiedereinstieg schaffen, warten und sich gedulden. Das stärkt uns. Und dank unseren starken Partnern und Familien können wir uns für unser Land einsetzen.

Unsere Gesellschaft braucht uns heute mehr denn je! Bürgerliche Frauen braucht das Parlament! Es



wird immer wichtiger, dass die vielen Themen, welche als «Frauenthemen» bezeichnet werden, auch aus Sicht der bürgerlichen Frau aufge-

griffen werden. Die SVP-Frau ist bürgerlich, nach altem Schrot und Korn. Sie hat ihre Werte und setzt Prioritäten. Gegen das Streben einer Frau, welche weiss, was sie will, ist kein Kraut gewachsen! Wir Frauen haben unsere eigene Stärke! Auf diese bauen wir und auf diese Stärke bauen auch unsere Familien, unsere Gesellschaft.

Frauen – ein schwaches Geschlecht? Von wegen! Die Frau ist von Natur aus robuster und widerstandsfähiger als der Mann. Da wir Frauen Leben schenken, sind wir für mindestens ZWEI stark!

So, liebe Frauen, lassen Sie sich nicht einreden, dass Sie schwach sind! Dies sind nur Manipulationsversuche der Schwächeren!

Unser Parlament braucht Sie genauso wie unsere Schweiz. Wir geben unsere Stärke an unsere Kinder weiter und so können wir ein starkes Land bilden – mitten in Europa!

Was meinen Sie, war dies nicht unsere wichtigste Aufgabe, von Anfang an?

Werbung

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.–, Kissen Fr. 10.–. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

Bettwaren Kloten
BETTFEDERNREINIGUNG
POTEMA®
MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG

• 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15

Telefon 044 869 10 75

Samstags auf tel. Anmeldung

www.raferfeld.com

bettwaren@raferfeld.com

ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN® 

Bahnhofweg 17 - 5610 Wohlen - 056 622 33 44

translate@aareptan.ch - www.aareptan.ch

Nationalrat Toni Brunner, Ebnat-Kappel SG, Wahlkampfleiter Deutschschweiz

Alle SVP-Sektionen auf nach Basel

Zum ersten Mal in der Geschichte der SVP Schweiz treffen sich sämtliche Orts- und Bezirksparteien der SVP mit dem Parteikader zu einem ausserordentlichen Parteitag.

«Vertrag mit dem Volk»

Samstag, 18. August 2007,
11.00 Uhr – 15.00 Uhr im
Musical Theater in Basel.

In Basel unterzeichnen im Beisein sämtlicher SVP-Sektionen die Kandidatinnen und Kandidaten einen Vertrag mit dem Volk. Es handelt sich dabei um ein Wahlversprechen unserer bisherigen und künftigen Vertreterinnen und Vertreter im eidgenössischen Parlament. Wir sagen dem Volk, für was die SVP steht, und das Volk kann den Vertrag mit 100 000 zusätzlichen Wählerinnen oder Wählern am 21. Oktober annehmen oder ablehnen.

Nebst den Delegationen aus allen Orts- und Bezirksparteien treffen sich in Basel auch alle Delegierten, alle Kandidatinnen und Kandidaten der



Nationalrat Toni Brunner, Wahlkampfleiter SVP Deutschschweiz

SVP, ausgewählte Mandatsträger sowie Verantwortungsträger zu einem gesamtschweizerischen und noch nie dagewesenen Parteitag. Mit dabei sind selbstverständlich auch unsere beiden SVP-Bundesräte Christoph

Blocher und Samuel Schmid. Die Teilnahme ist Ehrensache, die Anmeldung ist jetzt erforderlich. Nur wer angemeldet ist und eine spezielle Einladungskarte besitzt, wird dieses einmalige Event miterleben dürfen.

Die Schweiz braucht nach den Wahlen 2007 eine erstarkte SVP. Vorwärts zu den bewährten schweizerischen Werten. Wir wollen eine freie, souveräne und traditionsbewusste Schweiz. Wir lassen uns die Schweiz nicht kaputt machen und werden diesen Wahlkampf dominieren.

Wer jetzt nicht aufsteht, wer den Wahlkampf der SVP jetzt nicht unterstützt, muss die nächsten Jahre nicht jammern, wenn die Entwicklungen und Gesetze sich noch weiter von den Vorstellungen unserer Partei entfernen. Wir müssen jetzt ein starkes Zeichen setzen. Wir sind die stärkste Partei der Schweiz und wir wollen

ohne Wenn und Aber diese Position kräftig ausbauen. Wir wollen eine Legislatur mit Entlastungsmassnahmen für die Bevölkerung. Versagen wir, werden die Bevormundung und die fortwährende Belastung durch neue Steuern und Abgaben weiter zunehmen. Wir wollen wirtschaftsfreundliche Entscheide, damit Wachstum und Fortschritt unaufhaltsam weitergehen.

Wir wollen Selbstbestimmung und keine internationale Bevormundung. Wir sind kein EU-Land und lassen uns nicht diktieren. Weder in Steuerfragen noch in Agrarabkommen.

Ausländer, die unser Land und unsere Institutionen ausnutzen oder sich kriminell gebärden, gehören dorthin zurück, wo sie herkommen. Wir sind uns hier ein friedliches Zusammenleben gewohnt und sind kein Tummelfeld für Kriminalität, Illegalität und Räuberei.

Helfen Sie uns – kommen Sie nach Basel. Ihre persönliche Präsenz ist entscheidend!



Anmeldetalon

Ausserordentlicher Parteitag «Vertrag mit dem Volk»

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Wir werden Ihnen die Eintrittskarte Anfang August zustellen. Sie können auch mehrere Personen anmelden.

Anmeldetalon an: wahlen@svp.ch, oder per Fax an: 031 325 88 79,
oder per Post an: Schweizerische Volkspartei, Postfach 8252, 3001 Bern



Jetzt blüht auch die Feldwerbung im luzernischen Dagmersellen an der A2.



Wir stehen für unsere Schweiz ein!

Der 21. Oktober 2007 ist Wahltag. Ein denkwürdiger und wegweisender Tag für die Schweiz. Die Schweizer Stimmberechtigten stehen vor der Wahl: Wollen sie eine desaströse, rot-grüne Politik mit der Ausbeuterei der Menschen, mit Bevormundung und Entmachtung des Volkes oder wollen sie die SVP und mit ihr weniger Steu-

ern, sicherere Schulen und Bahnhöfe, Selbstbestimmung und eine Stärkung der Eigenverantwortung?

Bei einem Wahlsieg der SVP werden schweizerische Werte und Traditionen wieder hochgehalten, Disziplin und Schaffenskraft erhalten wieder jene gesellschaftliche Bedeutung, die ihnen zusteht.

Aus diesem Grund müssen wir mobilisieren und für unser Land eintreten. Am Samstag, 6. Oktober 2007, werden sich alle unsere Parteimitglieder, Patrioten und Eidgenossen in Bern treffen. Dort werden wir für eine sichere und lebenswerte Schweiz eintreten. Wir treffen uns um 12.30 Uhr beim

Bärengraben und ziehen dann in einem farbenprächtigen und volkstümlichen Umzug durch die Berner Altstadt zum Bundesplatz vor dem Bundeshaus. Dieser Anlass soll zwei Wochen vor den Wahlen ein starkes Zeichen für unsere Schweiz und die folgenden Wahlen in Parlament und Bundesrat sein.

Kundgebung: **Eintreten für unsere Schweiz** auf dem Bundesplatz

**Freiheit und Heimat, das lassen wir uns nicht nehmen:
am Samstag, 6.10.2007 nach Bern!**

Schön sind Schweizer Leibchen und Trachten. Bringen Sie möglichst viele Fahnen mit. Selbstverständlich gehören auch kantonale Trychler und sonstige Folkloregruppen zu dieser Kundgebung dazu.

Programmablauf:

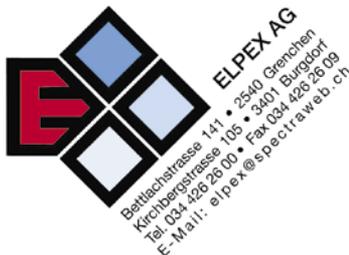
12.30 Uhr Besammlung am Klösterlistutz beim Bärengraben
Umzug durch Altstadt zum Bundeshaus
16.00 Uhr Ende politischer Teil mit unseren **Bundesräten Samuel Schmid und Christoph Blocher**

Teilnahme ist Ehrensache!



Mein Zuhause – Unsere Schweiz

Veranstalter: SVP Schweiz, www.svp-wahlen.ch PC-Konto 30-8828-5



Wir setzen unsere langjährige Erfahrung und unser technologisches Wissen für Sie ein. In der **Industrieautomation** sind wir in verschiedenen Bereichen tätig. Wir steuern die Automation in der Automobil-, Nahrungsmittel-, Papier- und in der Chemischen Industrie.

Projektierung, Steuerungsbau, Software und Inbetriebnahme alles aus einer Hand - das ist von grossem Nutzen für die Kunden der ELPEX AG. Ausarbeitung der technischen Dokumentation auf modernen CAD/CAE Systemen und ein moderner Schaltschrankbau sind für uns selbstverständlich.



- ◆ **Projektierung**
- ◆ **Steuerungsbau**
- ◆ **Software**
- ◆ **Inbetriebnahme**
- ◆ **Betreuung**

Visualisierungswünsche und Bedienansprüche werden von uns informativ und übersichtlich realisiert. Dabei arbeiten wir mit neusten Technologien. Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit mit Ihrem nächsten Projekt.



Eidgenössische Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)

Die Volksinitiative lautet:

I Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 121 Abs. 3-6 (neu)

- 3 Sie (= die Ausländerinnen und Ausländer) verlieren unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz, wenn sie:
 - a. wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts, wegen einer Vergewaltigung oder eines anderen schweren Sexualdelikts, wegen eines anderen Gewaltdelikts wie Raub, wegen Menschenhandels, Drogenhandels oder eines Einbruchsdelikts rechtskräftig verurteilt worden sind; oder
 - b. missbräuchlich Leistungen der Sozialversicherung oder der Sozialhilfe bezogen haben.
- 4 Der Gesetzgeber umschreibt die Tatbestände nach Absatz 3 näher. Er kann sie um weitere Tatbestände ergänzen.
- 5 Ausländerinnen und Ausländer, die nach den Absätzen 3 und 4 ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz verlieren, sind von der zuständigen Behörde aus der Schweiz auszuweisen und mit einem Einreiseverbot von 5 – 15 Jahren zu belegen. Im Wiederholungsfall ist das Einreiseverbot auf 20 Jahre anzusetzen.

6 Wer das Einreiseverbot missachtet oder sonstwie illegal in die Schweiz einreist, macht sich strafbar. Der Gesetzgeber erlässt die entsprechenden Bestimmungen.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

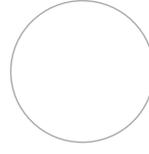
Art. 197 Ziff. 8 (neu)

8. Übergangsbestimmung zu Art. 121 (Aufenthalt und Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern)

Der Gesetzgeber hat innert fünf Jahren seit Annahme von Artikel 121 Absätze 3-6 durch Volk und Stände die Tatbestände nach Artikel 121 Absatz 3 zu definieren und zu ergänzen und die Strafbestimmungen bezüglich illegaler Einreise nach Artikel 121 Absatz 6 zu erlassen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Straftetzbuches.

Amtsstempel



Ort:

Datum:

Amtliche
Eigenschaft:

Eigenhändige
Unterschrift:

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen.

Co-Präsidium:

Amstutz Adrian, Nationalrat, Feldenstrasse, 3655 Sigriswil BE; **Flickiger Sylvia**, Grossrätin, Badweg 4, 5040 Schöllland AG; **Führer Rita**, Regierungsrätin, Seewaldstrasse 12, 8331 Aulikon ZH; **Perrin Ivan**, Nationalrat, Les Bolles-du-Temple 37, 2117 La Côte-aux-Fées NE; **Schudel Roif B.**, Präsident SVP International, P.O. Box 372, 1610 Edenville (Südafrika) (pol. Wohnsitz: 4103 Böttlingen BL)

Mitglieder:

Ador Jean-Luc, Grossrat, Granols, 1965 Savèze VS; **Baader Caspar**, Nationalrat, Baumgärtling 52, 4460 Gelterkinden BL; **Borer Roland**, Nationalrat, Stockackerstrasse 17, 4703 Kestenholz SO; **Brunner Toni**, Nationalrat, Hundsrücken, 9642 Ebnat-Kappel SG; **Reymond André**, Nationalrat, Chemin des bois 76, 1255 Vevey GE; **Dunant Jean Henri**, Nationalrat, Luftmatzstrasse 12, 4052 Basel; **Fehr Hans**, Nationalrat, Salomon Landolt-Weg 34, 8193 Eglisau ZH; **Grunder Hans**, Grossrat, Gerbestrasse 16, 3415 Rüegsau SG; **Heer Alfred**, Kantonsrat, General Wille-Strasse 12, 8002 Zürich; **Hutter Jasmin**, Nationalrätin, Rietstrasse 468, 9453 Eichberg SG; **Kunz Josef**, Nationalrat, Schlössli, 6022 Grosswangen LU; **Lienert Monika**, Kantonsrätin, Breitenstrasse 81, 8832 Wilen SZ; **Maurer Ueli**, Nationalrat, Rebacher 12, 8340 Hinwil ZH; **Mellini Enn N.**, Via Muggina 6, 6962 Viganello TI; **Mermoud Jean-Claude**, Regierungsrat, 1376 Ecagnens VD; **Parmelin Guy**, Nationalrat, En Mèly, 1183 Bursins VD; **Rauch Reto**, Grossrat, Stelvertreter, Stutz 6, 7304 Wälenfeld GR; **Rickli Natalie**, Kantonsrätin, Neuwiesenstrasse 31, 8400 Winterthur ZH; **Ruppen Franz**, Grossrat, Bärenweg 2, 3904 Naters VS; **Rutz Gregor**, Generalsekretär, Obere Bühlistrasse 19, 8700 Klausnach ZH; **Scherer Marcel**, Nationalrat, Stadelmatt 11, 6331 Hünenberg ZG; **Stamm Luzi**, Nationalrat, Pilgerstrasse 22, 5405 Bieden-Dättwil AG.

Bitte ganz oder teilweise ausgefüllte Unterschriftenbögen so schnell als möglich, spätestens aber bis 21. November 2008 an folgende Adresse senden:
Komitee, für eine sichere Schweiz, Postfach 23, 8416 Flaach

Kanton: _____ Postleitzahl: _____ Politische Gemeinde: _____

Nr.	Name, Vorname Blockschrift	Geburtsdatum Tag, Monat, Jahr	Wohnadresse Strasse, Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle Leer lassen
1					
2					
3					
4					
5					

Ablauf der Sammelfrist: 10. Januar 2009

Im Bundesblatt veröffentlicht am: 10. Juli 2007

Durch die politische Gemeinde auszufüllen: Die unterzeichnete Amtsperson beschneigt hiermit, dass oben stehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.